

EINNAHMENSEITIGE VORSCHLÄGE DER KPÖ STEIERMARK ZUM LANDESBUDGET

Nahverkehrsabgabe

Von einem gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr profitiert die Bevölkerung direkt, aber auch Unternehmen haben einen indirekten Nutzen: bessere Erreichbarkeit für Mitarbeiter:innen und Kund:innen, weniger Investitionsbedarf für Parkplätze, etc. Darum ist es nur gerecht, dass sich Unternehmen auch an den ÖPNV-Betriebs- und Erschließungskosten beteiligen, wie dies z. B. in Wien bereits seit 1970 in Form der Dienstgeberabgabe („U-Bahn-Steuer“) der Fall ist.

In der Steiermark gibt es rund 536.000 unselbständig Beschäftigte. Würde man die Wiener Ausnahmeregelungen übernehmen (Beschäftigte über 55, Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte, usw.), würde sich die Anzahl um rund 25 % auf zirka 400.000 Beschäftigte reduzieren, für die die Unternehmen eine Nahverkehrsabgabe leiten müssten.

Modell 1: 3 Euro pro Woche = 156 € im Jahr
 $400.000 * 156 \text{ €} = 60 \text{ Mio. €/Jahr}$

Modell 2: 2 Euro pro Woche = 104 € im Jahr
 $400.000 * 104 \text{ Euro} = 42 \text{ Mio. €/Jahr}$

In der Steiermark gab es in den letzten Jahrzehnten mehrere zarte Vorstöße für eine Nahverkehrsabgabe, die sich letztendlich aber immer im Sand verlaufen haben. Landeshauptmann Drexler selbst hat einer Nahverkehrsabgabe im vergangenen Jahr eine Absage erteilt. Die KPÖ tritt nichtsdestotrotz weiter für einen gerechten zweckgebundenen Beitrag der Unternehmen am öffentlichen Verkehrssystem ein.

Schottersteuer

Wer der Natur etwas entnimmt, soll etwas dafür zahlen. In der Steiermark gab es in der Vergangenheit bereits eine Naturnutzungsabgabe, landläufig besser bekannt als Schottersteuer, mit der Bergbau-Unternehmen sehr moderat zur Kasse gebeten wurden. 2013 fiel diese Abgabe allerdings wieder. Die KPÖ kritisierte damals den Umfaller der SPÖ vor der ÖVP und den Schotterbaronen und setzt sich für die erneute Einführung ein.

1 Euro pro Tonne Schotter/Kies = ~8 Mio. €/Jahr

Stellplatzabgabe

Abgase, Feinstaub, Lärm, Bodenverbrauch, Zersiedelung und Zerstörung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges in den Ortskernen: Die Verlagerung von Handelsbetrieben von den Innenstädten in Einkaufszentren am Stadtrand hat einen hohen Preis und wird von einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs begleitet. Die KPÖ fordert darum eine Stellplatzabgabe, um diesem Wildwuchs

entgegenzuwirken. Diese Abgabe soll von allen bestehenden und zukünftigen Einkaufszentren nach der Anzahl der angebotenen Auto-Parkplätze entrichtet werden.

Modell 1: 2 Euro pro Parkplatz und Tag

SCS: ca. 5.000 = 3 Mio. €/Jahr

Shopping Nord: ca. 700 = 0,5 Mio. €/Jahr

Murpark: ca. 2.000 = 1,2 Mio. €/Jahr

City Park, ca. 2.000 = 1,2 Mio. €/Jahr

Ganze Steiermark: ~ 6 Mio. €/Jahr

Modell 2: 5,50 Euro pro Parkplatz und Tag (= ½ Grüne Zone Graz)

SCS = 8,25 Mio Euro

Shopping Nord = 1,2 Mio Euro

Murpark = 3,3 Mio Euro/Jahr

City Park = 3,3 Mio Euro/Jahr

Ganze Steiermark: ~ 16 Mio. €/Jahr

Neben Einkaufszentren soll die Stellplatzabgabe auch alle weiteren großen Parkplätze umfassen:

- Abgabe in Höhe von **2 €/Tag** für große **Einzelhandelsunternehmen** (Obi, Ikea, usw.)
- Abgabe in Höhe von **1 €/Tag** für **alle Unternehmen**, die mehr als 100 Parkplätze (auch Mitarbeiter:innenparkplätze) anbieten: in Graz z. B. Andritz AG, AVL, Magna, ams, AT+S, Knapp, Siemens, etc. Ausgenommen wären Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen.

Geht man von 70.000 Parkplätzen in der Steiermark und einer mittleren Abgabe von 1,50 € pro abgabenpflichtigem Stellplatz und Tag aus, dann wären das im Jahr **~ 35 Mio. €/Jahr**.

LKW-Maut

Der LKW-Verkehr finanziert nur einen kleinen Teil seiner Gesamtkosten selbst. Bundesländer und Gemeinden stehen vor massiven Problemen, die Behebung der Schäden, die LKWs auf ihren Straßen verursachen, zu finanzieren. Eine LKW-Maut wäre ein wichtiger Beitrag, der bei den Verursachern dieser infrastrukturellen Instandhaltungskosten ansetzt.

Zusätzliche Einnahmen für die Steiermark: ~ 10 Mio. €/Jahr

Weitere mögliche Abgaben

- Leerstandsabgabe (Einnahmen gering)
- Motorsportabgabe (Einnahmen gering)
- Verkehrsanschlussabgabe

Die einnahmenseitigen Vorschläge der KPÖ würden insgesamt je nach gewählten Modellen zwischen 60 und 113 Mio. Mio. €/Jahr zusätzliche Einnahmen einbringen.

Zum Vergleich: Die Summe aller bereits existierenden direkten und indirekten Abgaben in der Steiermark beträgt laut dem Landesbudgetentwurf 2024 277 Mio. €/Jahr.